



FORSCHUNGSINSTITUT FÜR
BANKWESEN

2008

TÄTIGKEITSBERICHT

Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich Schneider
(Institutsvorstand)

Dr. Elisabeth Dreer, MSc.
(wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Prof. Dr. Günther Pöll (dem Fo-Institut
zugeordnet vom Institut für Volkswirtschaftslehre)

Prof. Dr. Helmut Pernsteiner (dem Fo-Institut
zugeordnet vom Institut für Betriebliche Finanzwirtschaft)

DER JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ

Altenbergerstraße 69; 4040 Linz
Tel.: ++43 732 2468 3298
Fax: ++43 732 2468 3297
elisabeth.dreer@jku.at
www.jku.at/fbw

INHALT

1	ABGESCHLOSSENE STUDIEN 2008.....	3
1.1	Post 2012 – burden sharing in der EU 27	3
1.2	Monetäre Bewertung der WKOÖ.....	9
1.3	Nutzen der Schuldenberatung für Gläubiger	11
2	BÜCHER	14
2.1	<i>Geldwäsche: Formen, Akteure, Größenordnung – und warum die Politik machtlos ist</i>	14
2.2	<i>Weiterbildung in Oberösterreich im Rahmen der AK OÖ-Bildungsoffensive. Eine volkswirtschaftliche Analyse</i>	15
2.3	<i>Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die Arbeiterkammer Oberösterreich.....</i>	16
2.4	<i>Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ.....</i>	17
2.5	<i>Weiterbildung als Erfolgsgarant - Vom Nutzen der Zusatzqualifikation</i>	18
2.6	<i>Das österreichische industrielle Entlohnungssystem im internationalen Vergleich.....</i>	19
3	VERÖFFENTLICHTE ARTIKEL IN BÜCHERN UND ZEITSCHRIFTEN	20
4	STUDIEN UND FORSCHUNGSPROJEKTE	21
5	BETREUUNG VON WISSENSCHAFTLICHEN ARBEITEN.....	23
5.1	Diplomarbeiten	23
5.2	Dissertationen.....	24
5.3	Master-Thesen des Finanzmanagementlehrgangs.....	25
6	KOOPERATIONEN MIT DER RAIFFEISENLANDESBANK OBERÖSTERREICH: LUDWIG SCHARINGER PREIS	27
7	UNIVERSITÄTSLEHRGANG FÜR FINANZMANAGEMENT	29
7.1	Kurzinformation: Universitätslehrgang „Aufbaustudium Finanzmanagement“.....	29
7.2	Kurzinformation Universitätslehrgang „Akademischer Finanzmanager“	31
7.3	Konzeption des Universitätslehrgangs „Aufbaustudium Private Banking“	32
8	KONZEPTION DES UNIVERSITÄTSLEHRGANGS „AUFBAUSTUDIUM ENERGIEMANAGEMENT RECHT – TECHNIK - WIRTSCHAFT“ IN KOOPERATION MIT DEM ENERGIEINSTITUT	33
9	AUFTRAGGEBER	35

1 Abgeschlossene Studien 2008

1.1 Post 2012 – burden sharing in der EU 27

Ziel der Studie war es zu hinterfragen, in welcher Form die definierte Treibhausgasreduktion von 20% gegenüber dem Jahr 1990 in den 27 Staaten der Europäischen Union umgesetzt werden könnte und welche Sektoren bzw. Branchen davon besonders betroffen wären.

Dazu wurde im Detail untersucht:

- Die *Entwicklung der Energienachfrage* und der *CO₂-Emissionen* in den Mitgliedstaaten bis 2020.
- Die *Entwicklung der Treibhausgasemissionen* bis 2020.
- Wesentliche Indikatoren für die Lastenverteilung.*
- In welchen *Sektoren in den einzelnen Mitgliedsstaaten* der Europäischen Union ein besonderer Handlungsbedarf besteht, um die gewünschte Treibhausgasemission im Jahr 2020 zu erreichen.

Die Lastenverteilung zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele für 2020 ist im internationalen Kontext eine besonders diffizile Herausforderung, weil die Kosten und der Nutzen der Klimapolitik nicht gleichmäßig verteilt sind. Länder, mit massivem ökonomischem Nachholbedarf wollen sich auf keine strikten Ziele einlassen und argumentieren, dass die Hauptlast von den bereits entwickelten Ländern zu tragen sei. Auch wenn die Vorteile durch konzertierte Aktionen unumstritten sind, ist die Verteilung dieser Vorteile der entscheidende Faktor, der die Umsetzung beeinflusst. Diese Einflüsse haben sich innerhalb der EU schon beim Burden Sharing Agreement (BSA) der Mitgliedsländer bezüglich der Umsetzung der Kyoto-Ziele gezeigt.

Allgemein akzeptiert scheint, dass Länder mit geringerem ökonomischen Wohlstandsniveau nicht die gleichen Lasten tragen sollen wie hochentwickelte Länder. Dies kommt im normativen Prinzip der „common but differentiated responsibilities“ im United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) zum Tragen. Dies wird auch den Kohesions-Ländern innerhalb der EU zugestanden.

Um einen erwünschten ökonomischen Konvergenzprozess für die neuen Mitgliedsländer zu unterstützen, aber auch die Größe eines Landes, gemessen an der Bevölkerungszahl und den unterschiedlichen Kaufkraftverhältnissen zu berücksichtigen, werden daher Burden-Sharing-Varianten berechnet. Die Varianten für ein Burden Sharing sollen zeigen, welche Maßstäbe gewählt werden könnten, um eine Aufteilung der Emissionsziele zwischen den Ländern der EU-27 zu erreichen.

Das berechnete Referenzszenario („sovereignty rule“) zeigt das „Minus 20%-CO₂-Reduktionsvolumen“ eines jeden Landes gegenüber seinem Emissionsniveau im Jahr 1990. Eine 20%-ige Reduktion der CO₂-Äquivalente gegenüber dem Niveau von 1990 pro EU-27 Land bis 2020 bedeutet, dass 2020 4.496,7 Mt CO₂-Äquivalente in der EU-27 emittiert werden dürfen (-680 Mio. Tonnen (Mt) gegenüber 2005). Diese Variante bringt geringere Einsparungsnotwendigkeiten für Länder, deren Emissionsanstieg seit 1990 gering bzw. negativ war (z.B. Deutschland, Großbritannien und v.a. neue Mitgliedsländer). Die Variante wäre also ein Vorteil für die Kohäsionsländer, da infolge des Transformationsprozesses ihr Emissionsniveau 2005 oft geringer war als 1990.

Die Variante 1 („equity rule“) steht unter der Prämisse, dass jeder Bürger der EU-27 gleich viel emittieren darf. Der zu erreichende Zielwert für die durchschnittlichen Emissionen pro Kopf im Jahr 2020 der EU-27 liegt bei 9,06 t CO₂-Äquivalente pro Einwohner der EU-27 (derzeit 10,6 t/EW 2005 und 10,94 t/EW laut Prognose für 2020). Mit diesem Wert wird im Durchschnitt das Emissionsziel von 4.496,7 Mt. CO₂-Äquivalente im Jahr 2020 erreicht. Das Länderziel errechnet sich dann aus der prognostizierten Bevölkerungszahl für jedes Land im Jahr 2020, multipliziert mit dem Zielwert für die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen der EU-27 im Jahr 2020, nämlich 9,06 t/EW.

Von dieser Variante „profitieren“¹ tendenziell Länder, deren prognostizierte Pro-Kopf-Emissionen unter dem EU-27 Durchschnitt liegen werden, wie z.B. Frankreich (8,04 t/EW), Schweden (8,64 t/EW), Ungarn (8,83 t/EW) und Lettland (7,71 t/EW), jedoch auch Portugal, Litauen und Rumänien deren prognostizierte Emissionen pro Einwohner den Zielwert überschreiten. Für die neuen Mitgliedsländer ist keine allgemeine Aussage möglich.

¹ Das bedeutet eine geringe Reduktionsnotwendigkeit gegenüber dem Emissionsniveau von 2005

Variante 2 („economic approach I“) steht unter der Prämisse, dass die Emissionen für jedes EU-27 Land pro Mrd. Euro an erwirtschaftetem BIP gleich hoch sein sollen. Der für 2020 prognostizierte Wert liegt bei 392,8 Gg/Mrd. € an erwirtschafteter Wertschöpfung. Um das Emissionsziel zu erreichen, muss der im Jahr 2020 zu erreichende Zielwert für die durchschnittlichen Emissionen pro BIP der EU-27 bei höchstens 325,3 Gg CO₂-Äquivalenten pro Mrd. € BIP liegen. Das Länderziel errechnet sich aus dem prognostizierten BIP für jedes Land im Jahr 2020, multipliziert mit dem Zielwert für die durchschnittlichen Emissionen pro Einheit BIP der EU-27 im Jahr 2020, nämlich 325,3 Gg / Mrd €.

Von dieser Variante „profitieren“ Länder, deren Emissionen pro BIP unter dem EU-27 Durchschnitt im Jahr 2020 liegen, d.h. Länder, die ein hohes BIP in Relation zu den Emissionen erwirtschaften werden, wie z.B. Österreich, Dänemark, Frankreich, Irland, Luxemburg, Schweden und Großbritannien. Schweden hat das geringste prognostizierte Emissionsniveau pro BIP im Jahr 2020 (199,7 Gg/Mrd. € 2005 und 231 Gg/Mrd. € 2020). Für die Kohäsionsländer bringt diese Variante hohe Reduktionsziele, gemessen in Prozent ihres Emissionsniveaus 2005.

Variante 3 („economic approach II“) steht unter der Prämisse, dass die Emissionen jedes EU-27 Landes unter Berücksichtigung der Kaufkraft des BIP für jedes Land gleich hoch sein sollen. Der Zielwert, um das Reduktionsziel 2020 zu erreichen, liegt für die durchschnittlichen Emissionen pro BIP in Kaufkraftparität (KKP) im Jahr 2020 bei 294,16 Gg CO₂-Äquivalente pro Mrd. € BIP in KKP. Das Länderziel errechnet sich aus dem für 2020 prognostizierten BIP in KKP für jedes Land, multipliziert mit dem Zielwert für die durchschnittliche Emissionen pro BIP in KKP der EU-27 im Jahr 2020 (294,16 Gg / Mrd. €). Die Variante bringt „Vorteile“ für Länder, deren Emissionen pro kaufkraftbereinigtem BIP unter dem EU-27 Durchschnitt im Jahr 2020 liegen; d.h. Länder, die ein hohes BIP in Kaufkraftparitäten in Relation zu den Emissionen erwirtschaften werden, wie z.B. Österreich, Frankreich, Luxemburg, Schweden, und Großbritannien. Die Nachteile für die Kohäsionsländer sind geringer als in Variante 2.

In einem weiteren Schritt wird gezeigt, in welchen Sektoren und Branchen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein besonderer Handlungsbedarf besteht, um das angestrebte Reduktionsziel im Jahr 2020 zu erreichen. Dazu wurden die Daten für die CO₂-Emissionen – als wichtigstem Treibhausgas – aus den Quellen von PRIMES und der Odyssee-Datenbank analysiert, indem die CO₂-Emissionen (inkl. Elektrizität) im jeweiligen Sektor in Relation zu einer Bezugsgröße gestellt wurden:

- CO₂-Emissionen der Industrie in Relation zur *Bruttowertschöpfung* in Preisen von 2000
- CO₂-Emissionen im Dienstleistungssektor in Relation zur *Bruttowertschöpfung* in Preisen von 2000
- CO₂-Emissionen im Transportsektor in Relation zum *BIP* in Preisen von 2000
- CO₂-Emissionen der Landwirtschaft in Relation zur *Bruttowertschöpfung* in Preisen von 2000
- CO₂-Emissionen der Haushalte in Relation zur *Bevölkerungszahl*.

Im industriell-gewerblichen Bereich besteht besonderer Handlungsbedarf in Bulgarien, Estland, der Slowakei, Tschechien, Polen und Portugal. Im Dienstleistungssektor übersteigen die CO₂-Emissionen pro Einheit Wertschöpfung den EU-Schnitt in Ungarn, Polen und Bulgarien um mehr als das Doppelte. Im Transportsektor weist Bulgarien die höchsten CO₂-Werte pro Einheit BIP auf. Im Energiebereich sind die Emissionen in Griechenland pro Einheit Wertschöpfung mehr als doppelt so hoch wie der EU-Schnitt. In der Landwirtschaft sind die CO₂-Emissionen pro Einheit Wertschöpfung in Estland, Polen und in den Niederlanden am höchsten. Im Haushaltssektor fällt auch Österreich auf. Die Emissionen pro Einwohner übersteigen den EU-Schnitt um 40%. Den mit Abstand höchsten Wert weist jedoch Luxemburg auf.

Handlungsvariante 3 erscheint im Sinne eines Burden-Sharings zur Implementierung empfehlenswert. In der Variante 3 „Konvergenz der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraftstandards“ werden simultan das Wirtschaftswachstum eines Landes bis zum Jahr 2020 sowie die bereits getätigten Aktivitäten zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen eines Landes berücksichtigt. Einem stärkeren Wirtschaftswachstum eines Staates wird dadurch Rechnung getragen, dass zusätzliche (im Vergleich zu anderen EU-Staaten) Wertschöpfung nicht mit verstärktem Emissions-Reduktionsdruck verbunden ist. Dadurch wird ein in Relation stärker steigendes

Wirtschaftswachstum beim Lastenausgleich nicht diskriminiert. Tendenziell wird für die *osteuropäischen Staaten* der Europäischen Union ein höheres Wirtschaftswachstum prognostiziert als für die sogenannten *westeuropäischen Staaten*, sodass den neuen Mitgliedsstaaten der EU in der Zielerreichung für diesen Berechnungsfaktor eine ökonomische Konvergenz zugestanden wird.

Zwingend notwendig erscheint zum einen aus ökonomischen Gesichtspunkten, aber auch aus ökologischer Perspektive, die bereits getätigten Vermeidungsaktivitäten in die Zielberechnung miteinfließen zu lassen. Dies bedeutet, dass Regionen bzw. Staaten, in denen bis dato bereits (in Relation) eine größere Anzahl an *early actions* unternommen wurde, im Lastenausgleich auch entlastet werden. Dies gründet sich primär darauf, dass in Gebieten mit einer hohen Anzahl an *early actions* weitere Emissionsreduktionen weitaus schwerer durchzuführen sind als in Regionen, in denen historisch die ökologische Dimension weitaus geringer ausgeprägt ist, sodass weniger *early actions* durchgeführt wurden. Staaten mit einer in Relation stärker ausgeprägten Vermeidungsaktivität werden somit nicht in ihrer zukünftigen Zielberechnung durch die Durchführung von früheren Vermeidungsaktivitäten diskriminiert. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive erweist es sich für die Europäische Union (im Gegensatz zur einzelstaatlichen Perspektive) als optimaler, Emissionsreduktionen dort durchzuführen, wo sie aus technologischer Sicht am einfachsten zu implementieren sind, sodass Staaten mit einem schlechten Verhältnis (mit einem höheren Faktor) der aktuellen Treibhausgasemissionen zum aktuellen Bruttoinlandsprodukt aus ökonomischer Sicht leichter Emissionen einsparen können.

Nachdem vorwiegend osteuropäische Staaten ein schlechtes Verhältnis von Treibhausgasemissionen zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen, ergibt sich in Variante 2 dieser Studie, dass eben diese Länder (in Relation zu einem einheitlichen 20%-Ziel für alle Staaten) weitaus größere Reduktionsziele zugewiesen bekommen. Wie ersichtlich wird, kann das erhöhte Wirtschaftswachstum die sogenannte Anfangsausstattung mit Treibhausgasemissionen bei weitem nicht kompensieren (trotz der Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten). Die extrem hohen Emissionen dieser Länder (aufgrund des Fehlens von intensiven *early actions*) im Vergleich zur wirtschaftlichen Performance erfordert eine verstärkte Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum.

Nachdem diese notwendige Entkopplung neben einer grundlegenden Änderung im Verbrauchsverhalten auch die Installation neuer Technologien erfordert, wird es notwendig sein, diesen Prozess seitens der EU regulierend zu unterstützen bzw. zu fördern.

Insbesondere in Volkswirtschaften mit „Nachholbedarf“ wird es vor allem aufgrund der dominierenden kurzfristigen Perspektive im Hinblick auf die wirtschaftliche Performance von Unternehmen und Regionen von Bedeutung sein, durch monetäre bzw. technologische Unterstützung den Prozess der Energieeffizienz in Gang zu bringen, der langfristig auch ohne Regulierung von ökonomischem Erfolg sein würde.

Eine Möglichkeit zur Unterstützung dieser Staaten in der Europäischen Union ist die Installation eines (Umwelt-) Technologiefonds. Dieser Fond unterstützt die Installierung bzw. Implementierung neuer Technologien zur Vermeidung von Emissionen. Eine Variante zur Finanzierung des Technologiefonds wäre ein Beitrag jedes EU-Staates, der sich am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner des Staates orientiert, wobei die exakte Ausgestaltung in einer zusätzlichen Studie konzipiert werden müsste. Innerhalb der Europäischen Union können dann Projekte eingereicht werden, deren Zuteilung unter Berücksichtigung bestimmter betriebswirtschaftlicher Kennzahlen von der absoluten Einsparung an Treibhausgasemissionen abhängt. Es ist somit davon auszugehen, dass insbesondere in jenen Ländern, die einen restriktiven Zielwert im Lastenausgleich zugeteilt bekommen, überwiegend Projekte eingereicht und zugeteilt werden, nachdem die größten Einsparungspotentiale aufgrund fehlender early actions vorhanden sind.

Aus diesen Gründen wäre diese Konzeption des Lastenausgleichs zu präferieren. Es werden somit wie im aktuellen Allokationsplan early actions berücksichtigt, wobei allerdings in der vorliegenden Variante 2 von der gleichen Bewertung aller EU-Staaten hinsichtlich historischer Vermeidungsaktivitäten ausgegangen wird, sodass kein Staat, der bereits verstärkte Anstrengungen unternommen hat, benachteiligt wird. Zusätzlich wird wie erläutert auch eine stärkere wirtschaftliche Performance positiv im Lastenausgleich berücksichtigt, sodass eine ökonomische Konvergenz in diesem Kontext gefördert wird. Die Implementierung des (Umwelt-) Technologiefonds ermöglicht es zudem jenen Ländern, die aufgrund des in Relation schlechteren Verhältnisses von Emissionen zum Bruttoinlandsprodukt im Lastenausgleich verstärkte Anstrengungen zu unternehmen haben, durch monetäre Unterstützung einen Technologietransfer verstärkt durchzuführen, um die Ziele zu erreichen und die Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum realisieren zu können.

1.2 Monetäre Bewertung der WKOÖ

Ziel der Studie ist die Quantifizierung des monetären Werts der Leistungen der WKOÖ. Diese Studie wurde als Weiterentwicklung zur Studie aus dem Jahr 2003 durchgeführt und wird nur in den wesentlichen Ergebnissen hier gezeigt. Die Studie wurde im Oktober 2008 in der WK OÖ präsentiert.

Monetär bewertbare Leistungen werden gem. des Alternativkostenansatzes in einen Marktwert umgerechnet. Die ökonomische Bewertung der interessenspolitischen Aktivitäten der WK erfolgt durch die ökonometrische Schätzung der unabhängigen Variablen „*Auswirkungen der sozialpartnerschaftlichen Lösungen*“ auf das „*Wirtschaftswachstum*“ (abhängige Variable). Der monetäre Gesamtwert der Tätigkeit der WKOÖ wird in Relation zur Kammerumlage gestellt.

Die Studie umfasst folgende Schwerpunkte:

1. Bestimmung des Marktwertes der erbrachten Leistungen auf Basis des Arbeitseinsatzes der WKOÖ (Alternativkostenansatz)
2. Geldaufwendungen der WKOÖ für Projekte und Direktförderungen an Mitglieder
3. Ökonomische Bewertung der Auswirkungen der interessenspolitischen Aktivitäten der WKOÖ
4. Gesamtdarstellung aller bewerteten Leistungs- und Geldeinsätze

In der Alternativkostenbetrachtung werden die erfassten Arbeitsstunden der WKOÖ zu „monetär bewertbaren“ Leistungen aggregiert. Folgende Bereiche wurden bewertet:

1. Aus- und Weiterbildung
2. Beratung
3. Interessensvertretung und Lobbying
4. Wirtschaftsförderung
5. Wissensvermittlung

Tabelle 1.1 zeigt die Gesamtübersicht über die untersuchten Leistungen und Geldeinsätze der WK OÖ.

Tabelle 1.1: Gesamtdarstellung aller bewerteten Leistungs- und Geldeinsätze in Relation zur Kammerumlage 2006 für OÖ

Gesamtdarstellung aller bewerteten Leistungs- und Geldeinsätze	Maximum	Minimum	Durchschnitt
	Mio. Euro		
<u>Bewertung der WK OÖ:</u>			
Marktwert der erbrachten Leistungen der WK OÖ	62,65	38,71	50,68
Geldaufwendungen für Projekte und Direktförderungen	18,29	18,29	18,29
Beitrag der WK OÖ zum Wirtschaftswachstum 2005/2006	401,32	243,22	322,27
Aggregierter Gesamtwert der WK OÖ	482,26	300,22	391,24
<u>Kammerumlage 2006</u>			
Grundumlage (geht an Fachgruppen)		1,15	
Kammerumlage KU1		22,40	
Kammerumlage KU2		22,73	
Kammerumlage 2006 gesamt		46,28	
<u>Pro Euro Kammerumlage entsteht ein Mehrwert von</u>			
		Euro	
Gesamtwert in Relation zu Kammerumlage	€ 10,42	€ 6,49	€ 8,45

Tabelle 1.2 stellt einen Vergleich zu den Ergebnissen der Studie aus dem Jahr 2003 her. Es ist ersichtlich, dass in 4 Jahren der Mehrwert der Leistungen der WK OÖ um insgesamt rund 40% gesteigert werden konnte!

Tabelle 1.2: Vergleich der Ergebnisse mit der Studie 2003 (Datenbasis 2002)

Vergleich der Ergebnisse 2002 und 2006	Durchschnitt 2002	Durchschnitt 2006	Veränderung 2002/2006	Veränderung p.a. (4 Jahre)
	Mio. Euro		%	
<u>Bewertung der WK OÖ:</u>				
Marktwert der erbrachten Leistungen der WK OÖ	33,00	50,68	54%	
Geldaufwendungen für Projekte und Direktförderungen	nicht berücksichtigt	18,29		
Beitrag der WK OÖ zum Wirtschaftswachstum	228,28	322,27	41%	
Aggregierter Gesamtwert der WK OÖ	261,28	391,24	50%	11%
Kammerumlage gesamt	43,50	46,28	6%	2%
<u>Gesamtwert in Relation zu Kammerumlage</u>				
Pro Euro Kammerumlage entsteht ein Mehrwert von	€ 6,01	€ 8,45	41%	9%

1.3 Nutzen der Schuldenberatung für Gläubiger

In der Studie stehen nicht die „Konsumenten“ der Schuldenberatung, also die überschuldeten Personen, sondern die Gläubiger bzgl. ihres Nutzens durch die Dienstleistung „Schuldenberatung“ im Fokus. Die Gläubiger sind im Rahmen der Schuldenbetreuung von Kreditforderungen mit KlientInnen konfrontiert, die teilweise von einer Schuldenberatung betreut werden. Ziel dieser Studie ist es, die Rolle der Schuldenberatung für die Gläubiger zu beleuchten und den Nutzen für die Gläubiger zu untersuchen.

Der potentielle Nutzen der Schuldenberatung für die Gläubiger ist nicht einfach konkretisierbar. Für die Studie wurden folglich ein quantitativer Ansatz und ein qualitativer Ansatz durchgeführt. Im Rahmen des quantitativen Ansatzes wurde versucht, den Nutzen der Schuldenberatung für die Gläubiger zu quantifizieren: Das Hauptinteresse der Gläubiger ist es, möglichst hohe Rückzahlungsquoten zu erzielen (= Nutzen für die Gläubiger). Aus diesem Grund wurde der Fokus der quantitativen Arbeit auf die Analyse der Quoten gelegt. Die Rückzahlungsquoten wurden zum einen im Spezialfall der Abschöpfungsquoten aus der Treuhanddatei untersucht, und zum anderen aus den eigens erstellten Datensamples der kooperierenden Banken, die effektive und erwartete Rückzahlungsquoten angeben. Der qualitative Teil soll die reine Analyse der Rückzahlungsquoten um die Einschätzung der Gläubigervertreter ergänzen und das Bild abrunden.

Zunächst wurden die Daten aus der ASB Treuhanddatei ausgewertet um einen eventuellen Einfluss der Schuldenberatung auf die Abschöpfungsquoten feststellen zu können. Anschließend wurden zwei Datensamples, die in Kooperation mit zwei Gläubigerbanken in Wien und in Oberösterreich erstellt wurden, analysiert. Die Samples enthalten Querschnittsdaten von Fällen mit Schuldenberatung und Fällen ohne Schuldenberatung. In einem dritten Schritt wurden qualitative Interviews mit den Vertretern der Gläubigerbanken durchgeführt, um ihre Einstellung zur Schuldenberatung und den Nutzen der Schuldenberatung bzw. die Kritik an der Schuldenberatung zu beleuchten. Abbildung 1.1 skizziert den Aufbau der Studie.

Abbildung 1.1: Dreigliedriger Aufbau der Studie

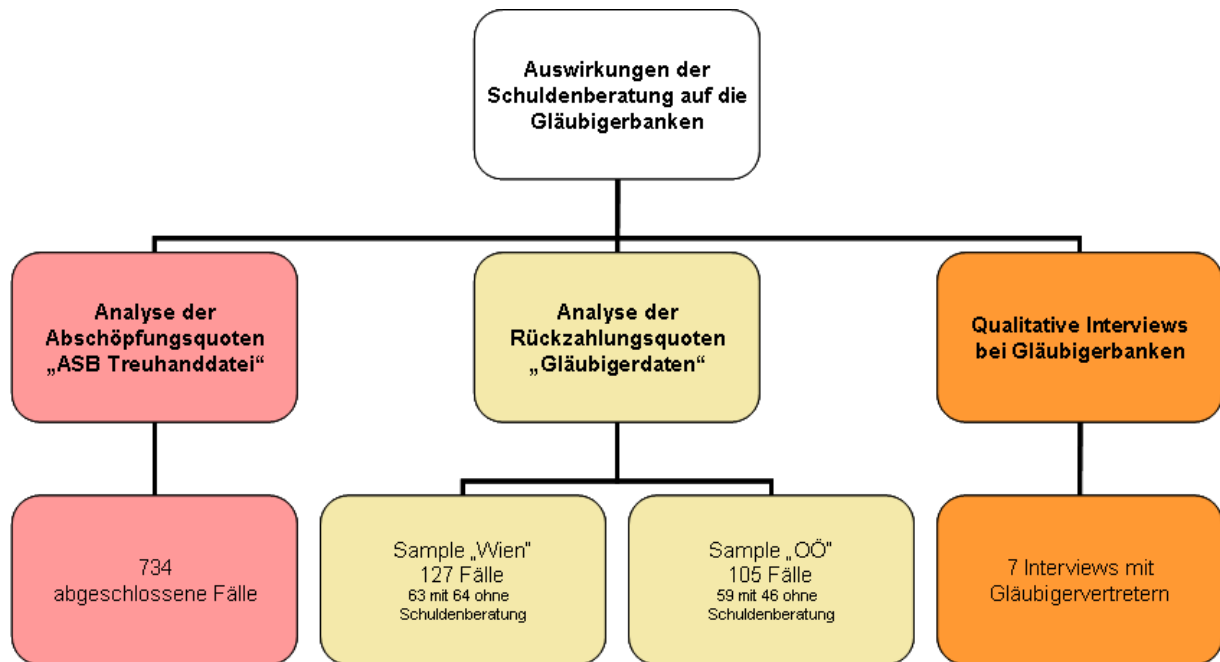


Abbildung 1.2: Schematische Darstellung der Analyse der Quoten

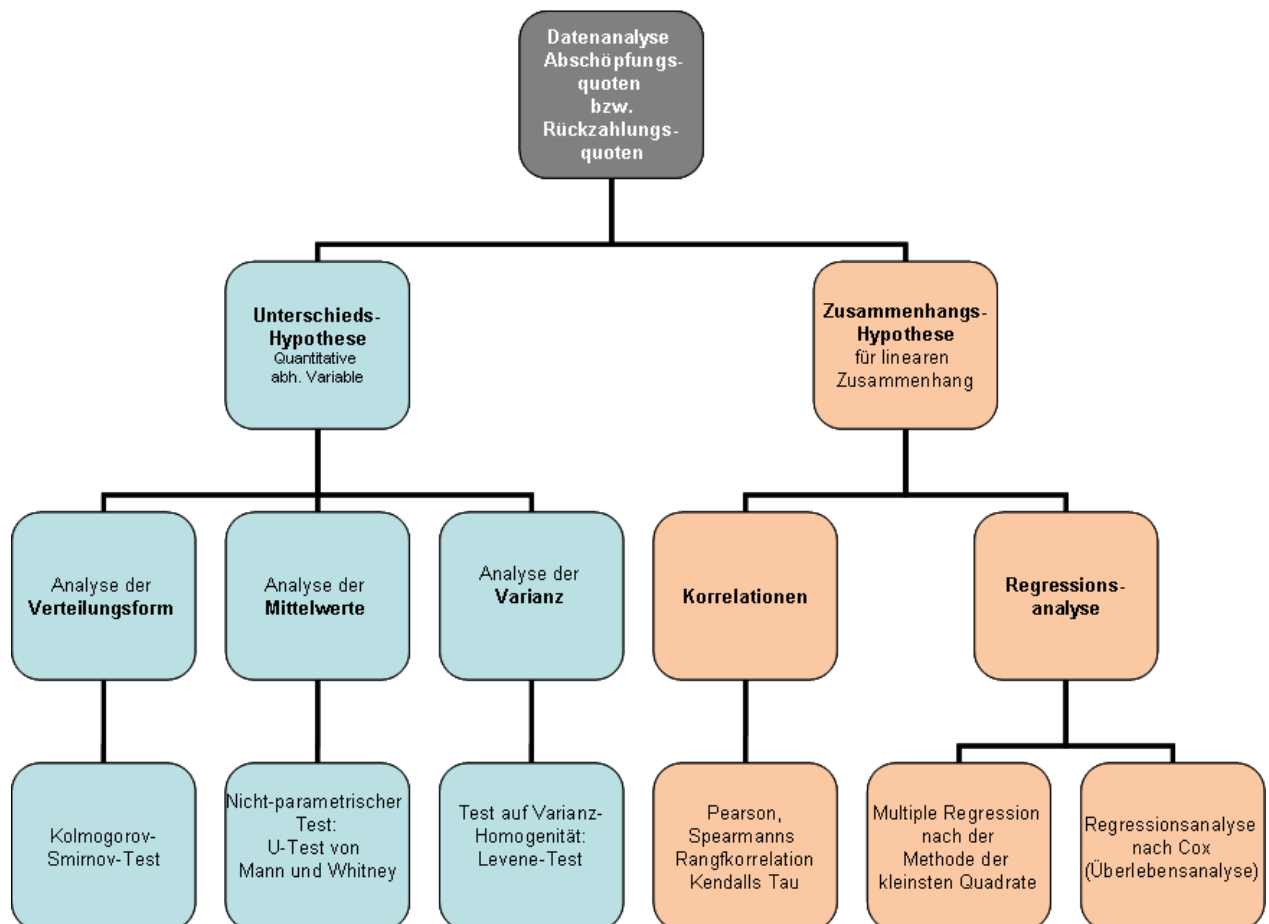


Abbildung 1.2 zeigt den analytischen Aufbau der quantitativen Analyse. Nach der deskriptiven Analyse der Datensamples und insbesondere der Abschöpfungs- bzw. der Rückzahlungsquoten muss geprüft werden, ob eine Normalverteilung vorliegt (Kolmogorov-Smirnov-Test). Dies entscheidet über die weiteren Prüfverfahren. Die Unterschiedshypothesen testen, ob man zwischen den Fällen mit Schuldenberatung und jenen ohne Schuldenberatung statistisch signifikant unterscheiden kann. Dazu wurden der U-Test nach Mann und Whitney und der Levene-Test zur Überprüfung der Varianzhomogenität durchgeführt.

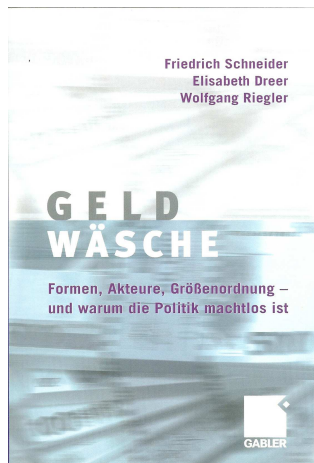
Die nächste Stufe der Untersuchung ist die Analyse der Zusammenhänge. Eine einfache Methode zur Untersuchung von Zusammenhängen ist die Korrelationsanalyse. Die Regressionsanalyse versucht sachlogische Zusammenhänge zu prüfen, indem Einflussgrößen auf die abhängige Variable (Abschöpfungsquote, effektive und erwartete Rückzahlungsquote) quantifiziert werden sollen. Diese Methode wird um die Regressionsanalyse nach Cox erweitert, die die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der eine Rückzahlungsquote erreicht wird. Diese Wahrscheinlichkeit kann dann um den Einfluss der Schuldenberatung erweitert werden.

Da die Studie noch nicht offiziell vorgestellt wurde, können derzeit noch keine konkreten Ergebnisse gezeigt werden. Insgesamt erwies es sich als Herausforderung, die Wirkungen der Schuldenberatung auf Gläubiger zu „quantifizieren“. Ein Ergebnis ist, dass der Effekt, den die Schuldenberatung auf das Rückzahlungsverhalten der SchuldnerInnen hat, mit einfachen statistischen Verfahren nicht nachzuweisen ist. Ihr monetärer Nutzen für die Gläubiger wird durch die erzielten Ergebnisse jedoch außer Zweifel gestellt.

2 Bücher

2.1 Geldwäsche: Formen, Akteure, Größenordnung – und warum die Politik machtlos ist

*Buchmanuskript für den Gabler-Verlag, Wiesbaden, 2006
ISBN-10 3-8349-0158-X bzw. ISBN-13 978-3-8349-0158-3*



„Pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht. Mit dieser altrömischen Weisheit beginnen viele Aufsätze, die sich mit dem Thema Geldwäsche auseinandersetzen. Diese Eigenschaft des Geldes hat bis jetzt seine Gültigkeit bewahrt. Dem „gewaschenen“ Geld, dessen Herkunft verschleiert und das vom „Geruch“ befreit wurde, merkt man nicht mehr an, auf welche Art und Weise es verdient wurde.

Die rasante Entwicklung von Weltwirtschaft und Finanzmärkten nach dem zweiten Weltkrieg und die zunehmende Verbreitung der Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologien stehen in einem engen Zusammenhang mit der aufstrebenden organisierten Kriminalität. Phänomene wie die Globalisierung mit dem freieren Handel und dem daraus resultierenden größeren Handelsvolumen erleichtert es beispielsweise Drogendealern und Waffenschmugglern, ihre Waren weltweit zu vertreiben. Die Gelder, die mit diesen Straftaten erwirtschaftet werden, sind illegal. Geldwäsche ist das Herzstück der organisierten Kriminalität.

Das Buch zeigt systematisch auf, welche Techniken heute zum Waschen illegaler Gelder angewendet werden, es analysiert das weltweite Volumen, das diese illegalen Transaktionen haben, und es zeigt den Zusammenhang zwischen Geldwäsche, organisierter Kriminalität und Terrorismus auf.

DAS BUCH BEHANDELT

- **Handlungsmodelle der Geldwäsche**
- **Techniken der Geldwäsche**
- **Methoden zur Schätzung des Volumens der Geldwäsche**
- **Studien zur Quantifizierung der Geldwäsche**
- **Auswirkungen der Geldwäsche**
- **Die Finanzierung der Terror-Organisationen**

2.2 Weiterbildung in Oberösterreich im Rahmen der AK OÖ-Bildungsoffensive. Eine volkswirtschaftliche Analyse



*Elisabeth Dreer und Friedrich Schneider,
Rudolf Trauner Verlag, 2004
ISBN 3-85487-617-5*

Angesichts der Tatsache, dass nicht (mehr) die einmal abgeschlossene Ausbildung allein ausschlaggebend für die individuelle und volkswirtschaftliche Prosperität ist, rückt die Weiterbildung stärker in den Fokus des allgemeinen Interesses.

Basierend auf den Ergebnissen einer Befragung beleuchtet das Buch die Weiterbildungssituation in Oberösterreich sowie die Rolle der Arbeiterkammer in bildungspolitischen Fragen. Untersucht werden weiters die Kosten der Weiterbildung und die Einflussfaktoren, ob jemand einen Kurs besucht oder nicht. Abschließend wird der Zusammenhang zwischen Kursbesuch und Einkommen analysiert.

FOLGENDE SCHWERPUNKTE WERDEN BEHANDELT:

- **unterschiedliche Formen der Weiterbildung**
- **die Weiterbildung in Oberösterreich**
- **die Rolle der Arbeiterkammer OÖ im bildungspolitischen Bereich**
- **die Weiterbildungskosten**
- **die Einflussfaktoren auf die Weiterbildungsbeteiligung**
- **die Auswirkungen der Kursbesuche auf die Einkommensentwicklung**

2.3 Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die Arbeiterkammer Oberösterreich



*Elisabeth Dreer und Friedrich Schneider,
Rudolf Trauner Verlag, 2003
ISBN 3-85487-448-0*

Die Leistungen von öffentlichen Institutionen wurden in der Vergangenheit immer wieder kontrovers diskutiert. Die Arbeiterkammer OÖ (AK OÖ) setzte einen engagierten Schritt, indem sie ihre Serviceleistungen von externer Seite durchleuchten ließ. Dies ist in einem ersten Ansatz in zwei

Studien geschehen:

Die Kosten-Nutzen Analyse stellte den Gesamtaufwand der AK für ihre Dienstleistungsbereiche dem quantifizierten Nutzen auf Basis von Alternativkosten (bzw. Marktpreisen) gegenüber. Der errechnete Marktwert der Leistungen lag lediglich um rund 15% unter dem tatsächlichen Gesamtaufwand für die Dienstleistungsbereiche. Der externe Nutzen, der v.a. durch die interessenspolitische Arbeit der AK entsteht, wurde dabei jedoch nicht berücksichtigt (vgl. Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ, Schneider F., Dreer E., 2001).

Um diesen Aspekt aufzugreifen, wurde die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für einzelne Serviceleistungen eruiert. Die errechnete Zahlungsbereitschaft für alle Serviceleistungen liegt mit ca. 10% knapp unter dem tatsächlichen Gesamtaufwand. Diese Zahl ist auch als potentielles Reformpotential zu sehen.

FOLGENDE SCHWERPUNKTE WERDEN BEHANDELT:

- Die Einstellungen der Mitglieder zu den „marktfähigen“ Serviceleistungen der AK OÖ
- Die Einstellungen der Mitglieder zu den Serviceleistungen, die den Charakter eines öffentlichen-Gutes aufweisen
- Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die einzelnen Serviceleistungen der AK OÖ

2.4 Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ



*Schneider Friedrich und Dreer Elisabeth,
Rudolf Trauner Verlag, 2001
ISBN 3-85487-331-X*

Die korporatistische Wirtschaftsstruktur in Österreich stellt den Rahmen für den Schwerpunkt der Studie dar. Dieser lag in der Untersuchung der Situation der Arbeiterkammer OÖ im Hinblick auf den „Nutzen“, den sie für ihre Mitglieder erbringt.

Die Kosten-Nutzen-Betrachtung wurde auf zwei Varianten durchgeführt:

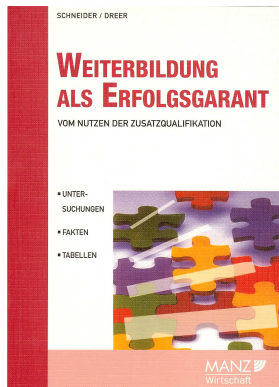
- 1) Die Dienstleistungen, die die AK OÖ für Ihre Mitglieder erbringt, wurden mit Alternativpreisen bewertet, sodass daraus ein (fiktiver) Marktwert der Leistungen der AK OÖ errechnet werden konnte (Kosten-Nutzen-Analyse). Neben den direkten Leistungen wurden auch die Geldflüsse eruiert, die durch die Arbeit der AK an die Mitglieder zurückfließen (Geldflüsse an die Mitglieder). Nicht bewertet wurde der „externe Nutzen“, der durch die Folgewirkungen der interessenspolitischen Arbeit der AK entsteht. Dieser „externe Nutzen“ kann durch die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder am ehesten erfasst werden.
- 2) Die Zahlungsbereitschaft der AK-Mitglieder für die Institution der Arbeiterkammer wurde aus der allgemeinen Präferenzäußerung für die AK berechnet (Zahlungsbereitschaftsanalyse). Mit der Zahlungsbereitschaft wird sowohl der wahrgenommene direkte, als auch der indirekte bzw. „externe Nutzen“, der durch die Folgewirkungen der Interessensvertretung entsteht, bewertet.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen („externer Nutzen“), die die Dienstleistungen der einzelnen Abteilungen v.a. im politischen Bereich nach sich ziehen, sind nur durch das Konzept Zahlungsbereitschaft zu eruieren, da hier unterstellt werden kann, dass die Befragten diese Wirkungen bei ihren Antworten mitberücksichtigen.

FOLGENDE SCHWERPUNKTE WERDEN BEHANDELT:

- Die Arbeiterkammer als Teil der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich
- Der Marktwert der Leistungen der AK OÖ
- Gegenüberstellung der Kosten und des Nutzens (fiktiver Marktwert) der AK OÖ im Jahr 1999
- Zahlungsbereitschaft der AK-Mitglieder für die Arbeiterkammer

2.5 Weiterbildung als Erfolgsgarant - Vom Nutzen der Zusatzqualifikation



*Schneider Friedrich und Dreer Elisabeth,
MANZ-Verlag, Wien, 1999
ISBN 3-214-08248-5*

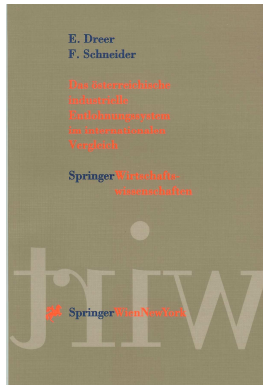
Weiterbildung auf allen Ebenen ist als strategischer Erfolgsfaktor für Unternehmen im Wettbewerb unbestritten. Die zunehmende Austauschbarkeit von Produkten führt dazu, dass die Qualität der Mitarbeiter und ihre Fähigkeit, zu lernen, sich zu entwickeln und neue Antworten auf Probleme und Herausforderungen zu finden, zu einem imitationsgeschützten Wettbewerbsfaktor wird.

Ziel des Buchs ist es, den Nutzen der Weiterbildung für die Unternehmen anhand konkreter Beispiele zu untersuchen. Die Messung des ökonomischen Wertes der Weiterbildung steht dabei im Vordergrund. Da der Nutzen der Weiterbildung nicht rein quantitativ zu erfassen ist, werden auch qualitative Indikatoren berücksichtigt. Die Untersuchung zeigte, dass zum einen die "Weiterbildungswilligkeit" der Mitarbeiter von den Vorgesetzten im Allgemeinen als Indiz für ihr Engagement und ihre Interesse am Beruf gewertet wird (das sich folglich auch in einer höheren Arbeitsplatzsicherheit niederschlägt), zum anderen wirkt sich das Gelernte auf die individuelle Produktivität aus, da diverse Aufgaben und Probleme kompetenter bewältigt werden können. Dieses Nutzenspektrum wird in diesem Buch untersucht.

DAS BUCH BEHANDELT

- die Bedeutung der Bildung,
- die Messung des ökonomischen Wertes der Bildung,
- den Nutzen der Weiterbildung anhand ausgewählter Weiterbildungsveranstaltungen und deren
- volkswirtschaftliche Auswirkungen der Weiterbildung

2.6 Das österreichische industrielle Entlohnungssystem im internationalen Vergleich



*Dreer Elisabeth und Schneider Friedrich ,
Springer-Verlag, Wien New York, 1997*

ISBN 3-211-83084-7

Im Buch wird der Einfluss des Entlohnungssystems der österreichischen Industrie auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit beleuchtet. Die Untersuchung zeigt erhebliche Unterschiede in den Arbeitskosten und institutionellen Gegebenheiten der untersuchten Länder und weist auf notwendige und bereits erfolgte Reformmaßnahmen in Österreich hin. Detailliert eingegangen wurde auf die Neugestaltung des Biennalsystems für die Industrieangestellten und die sich daraus ergebenden Veränderungen auf die Lebenseinkommenskurven. Da die Gewerkschaften eine Angleichung der kollektivvertraglichen Rechte von Arbeitern und Angestellten anstreben, wurden auch die Auswirkungen einer Übertragung des Biennalsystems auf die Arbeiter berechnet. Der internationale Vergleich der Tarifsysteme zeigt einige strukturelle Nachteile des österreichischen Systems.

FOLGENDE SCHWERPUNKTE WERDEN BEHANDELT:

- Die Entwicklung der Entlohnung in der Industrie (Arbeiter und Angestellte)
- Die Biennialvorrückungen im Gehaltssystem der Industrieangestellten (Vergleich altes - neues System)
- Auswirkungen der Anwendung des neuen Biennalsystems auf die Arbeiter
- Spezielle Aspekte des derzeitigen Entlohnungssystems (Ist-Lohnklausel, Lohnnebenkosten, Arbeitszeitflexibilisierung)
- Internationaler Vergleich der Entlohnung; Gehaltsvergleich am Beispiel eines Diplom-Ingenieurs

3 Veröffentlichte Artikel in Büchern und Zeitschriften

Post 2012 – burden sharing der EU 27

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, Robert Tichler, Horst Steinmüller, VEÖ Journal, Österreichs Fachmagazin für Elektrizitätswirtschaft, Jänner 2009

Wirtschaftsfaktor Krankenhaus

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, Werner Schöny, Stefan Horner, Gertraud Friebel, ÖKZ 49. Jg., 2008

Festschrift: Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung (Übersicht über Ergebnisse aus 2 Studien),

Humankapital und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Hans-Joachim Bodenhöfer, Hrsg. N. Wohlgemut, Duncker & Humblot, Berlin 2006

Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung - Volkswirtschaftliche Berechnungen am Beispiel des Bundeslandes Oberösterreich

Schul-Management, Oldenbourg, Schulbuch-Verlag, Februar 2005

Volkswirtschaftliche Beurteilung der Bioenergie-Strategien

Artikelserie: Nachhaltige Bioenergiestrategie für Österreich
VEÖ Journal, April 2003

Volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammern am Beispiel der AK OÖ

Wirtschaft und Gesellschaft, 28. Jahrgang (2002), Sonderheft

4 Studien und Forschungsprojekte

Seit Gründung des Forschungsinstituts für Bankwesen im Dezember 1997 wurden neben den veröffentlichten Studien zahlreiche nicht-veröffentlichte Auftragsforschungen für verschiedene Organisationen, Institutionen bzw. Unternehmen durchgeführt, die nachfolgend zitiert werden.

Volkswirtschaftliche Analyse der Landes-Nervenklinik Wagner Jauregg,
Schneider F. und Dreer E., 2008

Die bauliche Erweiterung des Palais Kaufmännischer Verein: Kosten und Nutzen,
Schneider F. und Dreer E., 2008

Internetrecherche zu (postgradualer) Weiterbildung im Energiebereich,
Dreer E., 2006

Volkswirtschaftliche Analyse der Umwegrentabilität des geplanten Musiktheaters (Blumauerplatz), Schneider F. und Dreer E., 2005

Untersuchung des Meldewesens in Slowenien und in der Slowakei,
Studie im Auftrag von Smart Stream Wien, Schneider F. und Dreer E., 2005

Was bringt die Wirtschaftskammer OÖ? Erfassung und monetäre Bewertung der Leistungen der Service-Bereiche und der Interessensvertretung der Wirtschaftskammer OÖ,
Schneider F. und Dreer E., Februar 2004 (Studienabschluss 2003)

Volkswirtschaftliche Effekte durch den (beschleunigten) Ausbau der Bahnstrecke Summerau - Spielfeld/Strass,
Schneider F. und Dreer E., Februar 2004

Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung - Volkswirtschaftliche Berechnungen am Beispiel von Oberösterreich,
Schneider F. und Dreer E., Februar 2004

Objektivierung der Bankkennzahlen,
Schneider F. und Dreer E., Februar 2002



Literaturstudie - Investment Research: Identifikation von Wirtschafts- und Finanzindikatoren für die Entwicklung eines makroökonomischen Modells für das Asset Management,
Schneider F. und Dreer E., Oktober 2001

Strategie für eine nachhaltige Biomassenutzung in Österreich – eine volkswirtschaftliche Analyse,
Schneider F. und Dreer E., Oktober 2000

Performance Presentation Standards – Current Situation and Trends,
Master Thesis, Postgraduate Program in Banking and Finance, DU Krems, Dreer E., Oktober 2000

Untersuchung der Finanzierungssituation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) in OÖ und die daraus ableitbaren Anforderungen an die Bank,
Schneider F. und Dreer E., November 1999

Volkswirtschaftliche Effekte durch Private Equity der Raiffeisenlandesbank OÖ und der Invest AG in Österreich,
Schneider F. und Dreer E., April 2000

Analyse der bestehenden Reklamationssysteme für Privat- und Firmenkunden von Banken,
Schneider F., Dreer E. und Hofer T., September 1999

Eine volkswirtschaftliche Analyse der Kreditbesicherung für oberösterreichische Unternehmen durch die OÖ Kreditgarantie-Gesellschaft (OÖKGG),
Schneider F. und Dreer E., Juni 1999

Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren: Stillstand oder Fortschritt?,
Schneider F. und Dreer E., Mai 1999

Besteuerung von Unternehmensgewinnen im internationalen Vergleich und ein Vorschlag zur Reform der Unternehmensbesteuerung in Österreich,
Schneider F., Dreer E. und Leitner G., Oktober 1998

5 Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten

5.1 Diplomarbeiten

Nachfolgende Tabelle enthält die Titel der am Forschungsinstitut für Bankwesen betreuten Diplomarbeiten. Am Forschungsinstitut wird eine aktive Betreuung der StudentInnen angeboten. Die Arbeiten werden im Diplomandenseminar präsentiert. Es werden überwiegend volkswirtschaftliche Arbeiten mit Fokus auf Finanz-Themen betreut.

Tabelle 5.1: Liste der Diplomarbeiten

DIPLOMARBEITEN	Verfasser
Zinsswaps: eine Betrachtung und Analyse des Marktes für Zinsswaps mit europäischem Fokus, 2008	Christian Schwarz
Kreditderivate mit Fokus auf CD's, 2007	Nima-Mehdi Darakhchan
Volatility Smiles: Variable Volatilität bei der Aktienoptionsbewertung, 2007	Thomas Barta
Kreditrisikomessung: Basel II im Vergleich mit dem Credit-Var-Ansatz nach Credit Metrics™, 2007	Florian Kibler
Hedging und die Effizienz von selektiven Hedgingvarianten mit Futures in Agrarmärkten, 2007	Martin Ziegelbäck
Interest-Rate Swap-Options (in Betreuung)	Daniel Schulz
Der europäische Zinsswapmarkt (in Betreuung)	Christian Schwarz
Finanzinnovationen im Hinblick auf die Informationseffizienz von Energiemärkten. Situationsanalyse und Entwicklung eines Sicherungsinstrumentes, 2006	Rene Christina Hofer
Effizienz von Finanzmärkten	
Entwicklung eines mechanischen Handelssystem zur Kursprognose – ARMS, 2004	Christian Schmidt
Ad hoc – Publizität, 2004	Gallus Durz
Die Quantifizierung der Geldwäsche Eine Betrachtung und Analyse der Schätzmethode und Studien über das Geldwäschevolumen, 2004	Wolfgang Riegler
Das ethisch-ökologische Rating zur Unterstützung des Asset Allocation Managements von nachhaltigen Investmentfonds, 2003	Jer-An Hsieh
Private Public Management: Innovative Kooperation zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten – Nationale und internationale Erfahrungen, 2003	Ilse Haider
Bankenfusionen – Ursachen, Motive, Auswirkungen, 2003	Sigrid Maria Mayer
Financial China; Eine Analyse des chinesischen Finanzsystems mit Fokus auf den Wandel im chinesischen Bankensektor, 2003	Manuel Stiegelbauer

Basel II: Die Auswirkungen der neuen Eigenkapitalvereinbarung auf eine Genossenschaftsbank, 2003	Peter Wrba
Kapitalmarktorientierte Performance Messung am Beispiel des Vergleichs österreichischer Aktienfonds mit dem österreichischen Leitindex ATX, 2003	Werner Emhofer
Die Bedeutung von Ratings für die Finanzierung österreichischer Unternehmen im Hinblick auf die Bestimmungen der Neuen Basler Eigenkapitalvereinbarungen, 2003	Veronika Wöss
Basel II: Ratingverfahren der Banken und Auswirkungen auf klein- und mittelständische Unternehmen in Österreich, 2002	Mojca Kalan-Kimmerstorfer
Management von Kreditrisiken im Firmenkundengeschäft Österreichs Banken, 2002	Daniela Köstlinger
Die Anwendung der Balanced Scorecard im Bankbetrieb, 2002	Martina Schoosleitner
Hedge Funds in Österreich, 2002	Gunnar Feuchtner
Behavioral Finance – Bedeutung verhaltenswissenschaftlicher Aspekte, 2002	Reinhard Schönböck
Die Unternehmensbewertung als methodische Basis der Beratung im M & A – Geschäft von Investment Banken, 2002	Wolfgang Georg Hamminger
Aktienanomalien – Ableitbare Tradingstrategien, 2002	Christian Schirnhofner
Steigerung der Kundenzufriedenheit durch Beschwerdemanagement in Kreditinstituten, 2001	Thomas Hofer

5.2 Dissertationen

Am Forschungsinstitut für Bankwesen wurden auch folgende Dissertationen betreut.

Tabelle 5.2: Liste der Dissertationen

DISSERTATIONEN	Verfasser
Arbeitstitel: Technische Handelsmodelle (wird heuer abgeschlossen)	Mag. Christian Schmidt
Covered-call Strategien / Discountzertifikate als Anlagealternative, 2009	Mag. Markus Walchshofer
Kreditderivate; 2003	Mag. Thomas Maringer
Die Entwicklung des internationalen und österreichischen Venture Capital Marktes nach dem Einbruch der New Economy: Veränderte Risikoattitüde als Charakteristikum eines im Wandel befindlichen Beteiligungsmarktes, 2003	Mag. Christian Goiginger

5.3 Master-Thesen des Finanzmanagementlehrgangs

Im Rahmen des Universitätslehrgangs für Finanzmanagement wurden folgende Master-Thesen des Lehrgangs IX und des Lehrgangs X begutachtet.

Tabelle 5.3: Master Thesen des LG IX

Nachname	Vorname	Master-Thesis-Thema
Aigner	Alexandra	Corporate Social Responsibility
Aigner	Friedrich	Hypothekarkredite in Fremdwährung für private Haushalte
Berghammer	Hermann	Leasing als Finanzierungsalternative und die Entwicklung des Leasing in Österreich
Friedmann	Andreas	Auswirkungen von Basel II auf die Beziehung zwischen Bank und Kunde im Kreditgeschäft
Hermann	Peter	Eigenkapitalausstattung, Bilanzstruktur und Profitabilität österreichischer Kreditinstitute
Huemer	Markus	Einflussfaktoren auf den Unternehmenswert und auf die Kapitalrentabilität anhand eines Investitionsbeispiels
König	Michael	Maßnahmen zur Steigerung der Kreditwürdigkeit eines Unternehmens
Lackinger	Manuela Cordula	Gründe für die zunehmende Bedeutung von Factoring in österreichischen KMU's
Leßlhumer	Johannes	Die Bedeutung der Banken bei der Eigenheimfinanzierung
Mayrhofer	Erich	Unternehmensstruktur Holding - Motive und Strategien
Obermüller	Daniel	Die kritischen Punkte im Ablauf eines Börsegangs
Praschl	Franz	Die Entwicklung von Overnight-Index-Swaps und deren Bedeutung für den Geldmarkt
Pröll	David Josef	Portfoliomanagement & endfälliger Fremdwährungskredit
Purkart	Richard	Finanzierung von Start-up-Unternehmen
Raab	Ronny	Methoden der Aktienanalyse
Schober	Peter	Finanzdienstleistungen aus Sicht von (unabhängigen) Finanzdienstleistern und Zukunftsaussichten
Staudinger	Thomas Conrad	Stellung der Privatversicherer in Ö im Bereich der Altersvorsorge (Fokus staatl. Geförderte Zukunftsvorsorge)
Wurm	Ephraim	Kreditrisikomanagement bei regionalen Kreditinstituten mittels Kreditderivate

Tabelle 5.4: Master Thesen des LG X

<i>Nachname</i>	<i>Vorname</i>	<i>Master-Thesis Thema</i>
Daghofer	Volker	MiFiD, CAD und ihre Bedeutsamkeit für Energieversorgungsunternehmen
Dizili	Elisabeth	Kreditvergabe im Private Banking
Eisenhut	Markus	Strategien von Direktmarketing bei Banken
Gschwendtner	Günter	Die Bedeutung materieller Kreditsicherheiten bei der Kreditvergabe seit Einführung von Basel II
Hager	Karin	Risikomanagement und Hybride Finanzierungsmöglichkeiten bei Public-Private-Partnerships
Kanik	Alexander	Privatbanken Contra Direktbanken - Die Bankenbranche im Umbruch der Zeit
Koblmüller	Alfred	Erfolgreiche Due-Diligence bei Unternehmensübernahmen in Globalen Dienstleistungsmärkten
Krassay	Andreas	SEPA: Nutzen für den Kunden und die Bank
Kraxberger	Simone	(Finanzielle) Sanierung für Familienunternehmen der holzbe- und -verarbeitenden Industrie
Lakmayer	Paul	Gold als Investitionsalternative für den Privatanleger
Pendlmayr	Markus	Investitionsrestriktionen und Risikomanagement in Investmentfonds
Valenti	Mario Alexander	Risikopolitik und Veranlagung in der Sach- und Rückversicherung

6 Kooperationen mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich: Ludwig Scharinger Preis

Mit dem Ludwig Scharinger Preis werden AbsolventInnen der Johannes Kepler Universität ausgezeichnet, die sich auf hohem wissenschaftlichen Niveau mit bank-, geld- oder kreditspezifischen Themen auseinandersetzen. Insgesamt wurden im Jahr 2008 33 Arbeiten für den Ludwig Scharinger Preis eingereicht. Darunter waren 19 Diplomarbeiten und 14 Dissertationen.

Die von einer unabhängigen Jury ausgewählten Preisträger erhalten für prämierte Diplomarbeiten 2000 Euro, für Dissertationen 3000 Euro. Voraussetzung für die Einreichung ist die Inskription an einer der drei Fakultäten der Johannes Kepler Universität Linz. Alle Arbeiten, die mit „Sehr gut“ beurteilt und im aktuellen bzw. im vergangenen Semester approbiert wurden, können eingereicht werden.

Seit 2003 wird zu jeder Preisverleihung ein Festredner bzw. eine Festrednerin eingeladen.

Liste der Festredner für die Preise von:

- 2003: Joseph E. Stiglitz, Nobelpreisträger
- 2004: Prof. Dr. h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1978 bis 1991)
- 2005: Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Trumpf GmbH & Co. KG, Hochschullehrer und Mäzen.
- 2006: Dr. Frank Schirmacher, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Autor des Bestsellers „Das Methusalem-Komplott“

- 2007: Prof. Dr. Josef Penninger, Molekularbiologe und Genforscher, seit 2002 wissenschaftlicher Direktor am IMBA (Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) in Wien
- 2008: der/die GastreferentIn steht bis dato noch nicht fest

Nachfolgend ist die Zahl der Einreichungen seit der erstmaligen Ausschreibung des Ludwig Scharinger Preises ersichtlich:

2001: 19 eingereichte Arbeiten
2002: 25 eingereichte Arbeiten
2003: 23 eingereichte Arbeiten
2004: 27 eingereichte Arbeiten
2005: 29 eingereichte Arbeiten
2006: 23 eingereichte Arbeiten
2007: 21 eingereichte Arbeiten
2008: 33 eingereichte Arbeiten

Im Jahr 2008 wurden folgende PreisträgerInnen von der Jury ausgewählt:

Tabelle 6.1: Preisträger für den Ludwig Scharinger Preis 2008

Preisträger 2008: Dissertationen

Fak.	Grad	Nachname	Vorname	Titel der Arbeit
TNF	Dr.	Del Chicca	Lucia	On the Individual Expectations of Non-Average Investors
TNF	Dr.	Putschögl	Wolfgang Paul	Portfolio Optimization under Partial Information
RE	Dr.	Hanslauer	Christina	Die Maestro Bankomatkarte
SOWI	Dr.	Wagner	Eva	Credit Default Swaps und Informationsgehalt

Preisträger 2008: Diplomarbeiten

SOWI	Mag.	Freudenthaler	Christoph	Statistische Methoden und Modelle für die moderne Zukunftsbank als Kreditfabrik
------	------	---------------	-----------	---

7 Universitätslehrgang für Finanzmanagement



Professionelles, modernes Finanzmanagement ist ein Schlüsselfaktor im Unternehmen. Zukunftsorientiertes und systematisch organisiertes Finanzmanagement leistet einen entscheidenden Beitrag zum Unternehmenserfolg. Entwicklung von finanzwirtschaftlichen Strategien, der Einsatz von innovativen Finanzierungsinstrumenten, der Umgang mit Risiken aus Zins- und Währungsschwankungen, Beherrschung des relevanten Rechtsrahmens, aber auch Fragen des Aktien- und Anleihenmanagements und des Bankwesens sind nur einige der Themen, die im Lehrgang praxisnah behandelt werden. Ebenso wird das Wissen durch Auseinandersetzungen mit dem Versicherungswesen, NPOs und der staatlichen Finanzierung mit internationaler Ausrichtung abgerundet.

Ziel des Universitätslehrgangs für Finanzmanagement ist die Vermittlung sowohl von theoretisch fundiertem als auch praktisch hochrelevantem Wissen. Die Absolventinnen und Absolventen sollen nach Besuch und erfolgreicher Absolvierung des Lehrganges in der Lage sein, in ihren Unternehmen oder auch im Bankbereich effizient und klar Entscheidungen im Finanzmanagement vorzubereiten oder zu treffen.

7.1 Kurzinformation: Universitätslehrgang „Aufbaustudium Finanzmanagement“

- Veranstalter:** Forschungsinstitut für Bankwesen, Johannes Kepler Universität Linz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
- Voraussetzungen:**
- Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Hochschulen
 - Leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mittelständischen - Unternehmen, Banken, Versicherungen und im öffentlichen Bereich
 - Einschlägig selbstständig Tätige
- Zielsetzung:** Modernes und professionelles Finanzmanagement ist ein Schlüsselfaktor im Unternehmen! Zukunftsorientiertes und systematisch organisiertes Finanzmanagement leistet einen entscheidenden Beitrag zum Unternehmenserfolg. Nach Absolvierung des Programms, sollten

die TeilnehmerInnen in der Lage sein, auf aktuellem Stand der Wissenschaft und Praxis alle Fragen des Finanzmanagements lösen zu können.

Inhalte:	Grundlagen der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre Betriebliches Rechnungswesen Gesellschafts- und Insolvenzrecht Operatives Finanzmanagement Strategisches Finanzmanagement Börsenwesen Wertpapiermanagement Bank- und Versicherungswesen
Dauer/Umfang:	4 Semester, 14-tägig, in Blockveranstaltungen (Do abends, FR und SA ganztags)
Abschluss:	„Master of Business Administration“ (MBA)
Kosten:	€ 2.850,-/Semester inkl. Prüfungs- und Skriptengebühren.

Tabelle 7.1 zeigt die Zahl der AbsolventInnen seit der Einführung des Universitätslehrgangs.

Tabelle 7.1: AbsolventInnen der Universitätslehrgänge

Jahrgänge	AbsolventInnen
2001/02	55 AbsolventInnen
2002 / 03	38 AbsolventInnen
2003 / 04	46 AbsolventInnen
2004 / 05	45 AbsolventInnen
2005 / 06	47 AbsolventInnen
2006 / 07	54 AbsolventInnen
2007 / 08	38 AbsolventInnen
2008 / 09	LG IX: 18 AbsolventInnen LG X: 17 AbsolventInnen



7.2 Kurzinformation Universitätslehrgang „Akademischer Finanzmanager“

- Veranstalter:** Forschungsinstitut für Bankwesen, Johannes Kepler Universität Linz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
- Voraussetzungen:** - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen mit fachlicher Vorbildung/Praxis
- Bank- und Versicherungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter
- Selbstständig tätige Personen in fachlich entsprechenden Branchen.
- Zielsetzung:** Modernes und professionelles Finanzmanagement ist ein Schlüsselfaktor im Unternehmen! Zukunftsorientiertes und systematisch organisiertes Finanzmanagement leistet einen entscheidenden Beitrag zum Unternehmenserfolg. Nach Absolvierung des Programms, sollten die TeilnehmerInnen in der Lage sein, auf aktuellem Stand der Wissenschaft und Praxis alle Fragen des Finanzmanagements lösen zu können.
- Inhalte:** Grundlagen der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre
Betriebliches Rechnungswesen
Gesellschafts- und Insolvenzrecht
Operatives Finanzmanagement
Strategisches Finanzmanagement
Wertpapiermanagement
Bankmanagement
- Dauer/Umfang:** 3 Semester, 14-tägig, in Blockveranstaltungen (Do abends, FR und SA ganztags)
- Abschluss:** „Akademischer Finanzmanager“
- Kosten:** € 2.250,-/Semester inkl. Prüfungs- und Skriptengebühren.

7.3 Konzeption des Universitätslehrgangs „Aufbaustudium Private Banking“

Veranstalter:	Forschungsinstitut für Bankwesen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Johannes Kepler Universität Linz
Voraussetzungen:	Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen, leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Private Banking- und Vermögensverwaltungsabteilungen in Banken sowie in einschlägigen Abteilungen von Versicherungen, weiters einschlägig selbstständig Tätige (z.B. im Finanzdienstleistungsbereich).
Zielsetzung:	Der Universitätslehrgang für Private Banking setzt sich zum Ziel, sowohl finanztheoretisch fundiertes als auch für die Vermögensverwaltung praktisch hochrelevantes Wissen zu vermitteln. Die Betreuung von vermögenden PrivatkundInnen, umfassende finanztechnische Kompetenzen in allen Fragen der Vermögensverwaltung oder das Erstellen von strategischen und marktorientierten Analysen von Branchenführern sind nur einige wichtige Fachkompetenzen, die Sie sich nach Absolvierung des Lehrgangs angeeignet haben.
Inhalte:	Grundlagen Finanzmärkte/Finanztheorie Asset Management Financial Planning Anlageprozess Marketing Rechtprobleme Internationales Private Banking
Dauer/Umfang:	4 Semester (2 Jahre), 32 Semesterstunden, 14-tägig, in Blockveranstaltungen (DO abends, FR und SA ganztags), berufsbegleitend
Abschluss:	„Professional Master of Private Banking“ (PMPB)

8 Konzeption des Universitätslehrgangs „Aufbaustudium Energiemanagement Recht – Technik - Wirtschaft“ in Kooperation mit dem Energieinstitut

Seit Oktober 2008 läuft an der Johannes Kepler Universität ein neuartiger Masterlehrgang für Energiemanagement, der in Kooperation mit Fr. Dr. Dreer konzipiert und organisiert wurde.

Sämtliche Aspekte rund um Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit werden in den nächsten Jahren bestimmend für den Wandel der Gesellschaft sein, zumal einerseits fossile Brennstoffe immer knapper werden und andererseits die Auswirkungen des Klimawandels die Entscheidungsträger in der Politik und Wirtschaft zu einem Umdenken bewegen. Zunehmend gefragt sind daher Fachleute, die mit den technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut sind und zu Themen des Energiemanagements eine Expertise abgeben können. Denn ein Großteil künftiger Entscheidungen für Investitionen wird beispielsweise nicht länger von den Errichtungs- oder Beschaffungskosten sondern viel mehr vom Betrieb und insbesondere von den Energiekosten geprägt sein.

AbsolventInnen sollen durch den Lehrgang folgende Fähigkeiten erwerben:

1. aus rechtlicher Sicht:

- die Einbettung des Energierechtes in die grundlegenden Systembezüge der Staatsorganisation und des staatlichen Handelns verstehen,
- die Wesenszüge des österreichischen und europäischen Energierechts sowie die aktuellen Hauptfragen des Energierechts kennen,
- Energierechtsfragen fallorientiert analysieren können.

2. aus technischer Sicht:

- Grundlagen in Chemie, Elektrotechnik, Physik, Mechanik, Werkstoffkunde und Ökologie, die für das Verstehen von energietechnischen Fragestellungen Voraussetzung sind, beherrschen, sowie

- die Chancen und Risiken von unterschiedlichen
- Energieerzeugungstechnologien von der Planung/Projektierung bis zur Stilllegung/Entsorgung verstehen, und
- Energiewirtschaft im systemischen Zusammenhang betrachten können.

3. aus wirtschaftlicher Sicht:

- makroökonomische sowie umweltökonomische Zusammenhänge verstehen und die Rolle der einzelnen Energieträger im gesamtwirtschaftlichen Kontext analysieren können.
- die europäischen wie auch die internationalen energiepolitischen Hintergründe sowohl aus rechtlicher, als auch aus ökonomischer Sicht betrachten können, sowie
- das Risikomanagement bei Energieträgern (Absicherung von (Preis-) Risiken (Hedging)) an Fallbeispielen durchführen können, und
- betriebswirtschaftliches Wissen und insbesondere Fragen des betrieblichen Rechnungswesens auf Energiefragen anwenden können.

Voraussetzung

Facheinschlägiges Bachelor-, Master-, Diplomstudium oder ein gleichwertiges Studium sowie
mindestens 2 Jahre Berufserfahrung
Für die Zulassung ohne Studium ist eine gleichwertige Qualifikation erforderlich.

Studium

3 Semester mit 37,5 Semesterstunden bzw. 60 ECTS;
berufsbegleitend, 14-tägig Donnerstag ab 16 Uhr, Freitag und Samstag im Semester

Abschluss

Professional Master of Science (Energiemanagement)
MSc. (Energiemanagement)

Kosten

2.500 Euro pro Semester
Inbegriffen sind Kursunterlagen (download) und Prüfungsgebühren

Studienbeginn

3. Oktober 2008

9 Auftraggeber

Das Forschungsinstitut für Bankwesen ist als sog. Drittmittelinstitut konzipiert, es wird also durch Forschungsaufträge von „Außen“ finanziert. Die Forschungsaktivitäten wurden bzw. werden im Auftrag von folgenden Institutionen bzw. Unternehmen durchgeführt:

Arbeiterkammer OÖ

ASB Schuldnerberatung GmbH

Bank Austria Creditanstalt

Kaufmännischer Verein in Linz

Industriellenvereinigung

Land Oberösterreich

Oberbank

Raiffeisenlandesbank Oberösterreich

Smartstream, Wien

VA-Technologie AG

VEÖ, Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs

Wagner Jauregg Krankenhaus

Wirtschaftsförderungsinstitut Wien

Wirtschaftskammer Oberösterreich